Netzwerk Friedenssteuer, c/o G. und Chr. Lott, Hauptstr. 1A, 69231 Rauenberg, Tel. 06222/62741

KEIN GELD FÜR KRIEG

Netzwerk Friedenssteuer

NACHRICHTEN Nr. 20 Herbst / Winter 97/98

Unbekannte Formen des gewaltlosen Widerstandes

Bei der Intifada denken viele zuerst an steinewerfende Jugendliche. Weniger bekannt ist, daß auch Aufrufe zum Steuerboykott von Anfang an ein wichtiger Bestandteil des gewaltlosen Widerstands der palästinensischen Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten auf der Westbank und im Gaza-Streifen waren.

"Die *Intifada* in den von Israel besetzten Gebieten der Westbank und des Gaza-Streifens brach vor zehn Jahren aus". So würde vermutlich heute ein Journalist formulieren. Meine These, die ich hier allerdings nicht belegen kann, ist, daß sie nicht "ausbrach", sondern daß sie in ihren verschiedenen Widerstandsformen z.T. vorformuliert und vorbereitet wurde.

Im Jahre 1984 erschien im *Journal of Palestine Studies* ein Artikel des palästinensischen Psychologen Mubarak Awad unter dem Titel "Nonviolent resistance: A strategy for the occupied territories". Awad erörtert hier die Ausgangsbedingungen und möglichen Formen gewaltlosen Widerstandes für die Westbank und den Gaza-Streifen, nicht aber, oder nur sehr vage, dessen Ziele. Die in dieser "akademischen" Stellungsnahme diskutierten Aktionsformen werden, und das ist nur scheinbar überraschend, mit Beginn der *Intifada* zur Realität. Mit im Mittelpunkt stehen von Anfang an, wie Flugblätter zeigen, Aufrufe zum Steuerboykott (direkte Steuern und Mehrwertsteuer), wobei dies als erster "Schritt zum totalen zivilen Ungehorsam" bezeichnet und der Verweis auf die 4. Genfer Konvention mitgeliefert wird.

Die einzelnen Formen des Widerstandes, die Frage ihres (Nicht-)Einsatzes waren natürlich Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen innerhalb des Widerstandes, und daher auch die Frage des Steuerboykotts. Am konsequentesten wurde dieser m.W. in Bet Sahour bei Bethlehem durchgeführt und entsprechend rigide war auch dann die Repression durch das israelische Militär. Die durch die europäischen Medien verkürzte Darstellung des Widerstandes auf Steine werfende Jugendliche hat leider diese Aspekte ganz ausgeschaltet. Einzelne Formen gewaltlosen Widerstandes gab es allerdings auch schon vor der *Intifada* (z.B. Neuanpflanzungen von Olivenbäumen auf enteigneten Ländereien oder der kollektive Widerstand der drusischen Bevölkerung auf den Golan-Höhen gegen eine israelische Staatsbürgerschaft) und sie werden heute, in einer veränderten Situation, weiterdiskutiert und -formuliert.

Die israelische Regierung hat mit Oslo I und den darauf folgenden Abkommen auf die *Intifada* reagiert, indem sie der Etablierung der palästinesischen Autonomiebehörde (PNA) zustimmte, sie jedoch gleichzeitig dadurch diskreditierte, daß sie zwar über Symbole wie Fahne, Polizei etc. verfügten konnte, aber kaum Macht repräsentierte. Der palästinensische Widerstand richtet sich daher nun auch gegen die eigene "Regierung". (So müssen Geldstrafen auf Grund von Steuerboykott, die von der israelischen Verwaltung verhängt wurden, jetzt an die PNA gezahlt werden, da Steuerdaten nur mit israelischer Genehmigung geändert werden dürfen):

Einzelne Aktionsformen des gewaltlosen Widerstandes, wie der Boykott israelischer Waren, sind heute sogar halboffizielle Politik der palästinensischen Autonomiebehörde. Diese muß jedoch scheitern, da die "autonomen" und die besetzten Gebiete ökonomisch noch immer vollständig von Israel abhängig sind.

Die *Intifada* war also insofern erfolgreich, als einiges in Bewegung gebracht wurde - im Gegensatz z.B. zum "bewaffneten Kampf" der 70er Jahre; sie hat aber ihr Ziel - die Errichtung eines eigenen Staates - nicht erreicht. Zu befürchten ist daher, daß dadurch die Formen gewaltlosen Widerstandes diskreditiert werden und die Stimmen wieder lauter werden, die auf Gewalt setzen.

Dr. Carl Ehrig-Eggert

Inhaltsverzeichnis

Intifada und Steuerboykott	S. 1
Aus den Regionen	S. 2
Ausgaben für Waffen steigen	S. 2
Aus dem Netzwerkrat	S. 3
Steuern zu Pflugscharen	S. 3
Gesetzesinitiative	S. 4
Rechtswege	S. 5
Internationales	S. 5
Aachener Friedenspreis	S. 6
Informationen	S. 6

Aus den Regionen

Süd-West

Die Gruppe traf sich im Oktober in Freiburg. Beraten wurde, wie das Info-Set weiter verwendet werden könne. Nach Fertigstellung wurde es an knapp hundert Einzelpersonen und Friedensorganisationen verschickt. Ein weiters Einlegeblatt zum Thema Rechtswege ist in Arbeit und steht ab Februar zur Verfügung. Eine bundesweite Aktion planen wir nicht.

Christa hat über die Ökumenische Versammlung in Graz berichtet (s. eigenen Bericht). Günther, der Verantwortliche des Netzwerkes für den Kongress in Osnabrück, hat veranlaßt, daß wir Mitglied im Trägerverein sind und bereitet mit einer Gruppe Stand und workshop für Osnabrück vor.

Das nächste Treffen wird am 14. Februar in Freiburg stattfinden. Nähere Informationen bei Christa Voigt (Adresse s. letzte Seite).

Bayern

Die Nürnberger Gruppe lädt ein zu einem Trffen am 29. November in Regensburg. In einer anschließenden Abendveranstaltung wird Dr. Peter Kafka vom Max-Planck-Institut für Astro-Physik in Garching einen Vortrag halten: **Friedliche Wirtschaft...ist das zu schaffen?** Wege zu einer nicht angriffsorientierten und nicht ausbeutungsorientierten Wirtschaft.

Er vertritt die These, daß Dinge, die neu erfunden und vermarktet werden, sofort auch weltweit eingeführt werden und daß dadurch dann weltweite Schäden entstehen (FCKW-Spray, Elektrosmog), was unvorhersehbare Folgen für unsere Umwelt bzw. Gesundheit haben kann.

Veranstaltet wird dieser Vortragsabend gemeinsam mit dem Kath. und Evang. Bildungswerk aus Regensburg.

Sigi Laugsch, der Beauftragte der Evang.-Luth. Kirche in Bayern für Kriegdienstverweigerer und Zivildienstleistende hat ein Faltblatt erstellt zum Thema Militärsteuer mit dem Titel "Zum Frieden beiSteuern". Es kann über ihn bezogen werden (Adresse s. letzte Seite).

Ausgaben für Waffen steigen

Militärsteuerverweigerung wird immer wichtiger

Paris schafft die Wehrpflicht ab. Die Nationalversammlung hat beschlossen, die zehn Monate dauernde Wehrpflicht abzuschaffen (afp 22.Oktober1997). Es ist durchaus wahrscheinlich, daß andere Staaten nachziehen, weil sie angesichts ihrer Finanzlage zu dem Schluß kommen, daß es kostengünstiger ist, in hocheffiziente Waffen und eine kleine Anzahl spezialisierter Techniker zu investieren statt in jährlich neueingezogene Rekruten, die während der Dauer des Wehrdienstes gar nicht zu den Spezialisten ausgebildet werden können, die gebraucht werden.

Die preiswertesten Waffen sind Minen - die weltweit führenden Hersteller kommen übrigens aus den EU-Staaten. Sie werden zwar immer mehr geächtet, sind aber noch nicht gänzlich verboten. Weltweit gesehen hat nach Jahren des Rückgangs der Waffenhandel im zweiten Jahr in Folge stark zugenommen. Nach einer mehrjährigen Flaute bei den Waffenexporten in der Zeit nach Ende des Kalten Krieges hat eine Phase verstärkter Waffenkäufe eingesetzt. Schon 1995 war der Umfang des internationalen Waffenhandels um 13 % gestiegen. 1996 stiegen die Waffenexporte im Vergleich zum Vorjahr nochmals um acht Prozent auf knapp 40 Milliarden Dollar. Das Institut für Strategische Studien (IISS), das diesen Bericht veröffentlichte, sieht darin Zeichen für neue Ungewißheiten auf dem Gebiet der internationalen Sicherheit.

Deutschland war im vergangenen Jahr mit Waffen im Wert von 657 Millionen Dollar am Geschäft beteiligt Das entspricht einem Marktanteil von 1,6 % gegenüber 3,8 % im Vorjahr. Die USA und ihre Verbündeten gaben nach Ende des Kalten Krieges dreimal soviel Geld für militärische Zwecke aus wie ihre möglichen Gegner. Zu diesem Ergebnis kommt das unabhängige Commonwealth-Institut in Cambridge (US-Bundesstaat Massachusetts) in einer im Februar veröffentlichen Studie. Der Studie zufolge sind die Militärausgaben der USA und ihrer Partner seit Ende des Kalten Krieges zwar beträchtlich gesunken, doch die Ausgaben der denkbaren Feindstaaten gingen noch stärker zurück. Die Folge davon ist, daß der Anteil der USA an den Weltmilitärausgaben in diesem Zeitraum von 28 auf 34 % anstieg. Zusammen mit den Nato-Ländern und den Mitgliedern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) stellen sie rund zwei Drittel der Gesamtausgaben (Frankfurter Rundschau).

Die Nato denkt nicht an Reduzierung ihrer Waffen, wie die Zahlen belegen. Im Gegenteil, es gibt Überlegungen zu neuen möglichen Kriegen. Weil angesichts der sich abzeichnenden Klimakatastrophe die Ressourcen an Lebensmitteln und Wasser knapp werden könnten, hat sie eine Pilotstudie in Auftrag gegeben, die die sicherheitspolitischen Aspekte des Treibhauseffektes untersuchen soll. Mögliche Verteilungskämpfe können damit begründet und offener vorbereitet werden.

Deshalb können wir uns nur Paul Oestreicher anschließen, dem Domkapitular von Coventry, anglikanischer Bischof und Quäker, der sagt, in Zukunft sei **das Recht der Kriegssteuerverweigerung wichtiger als der Recht der Kriegsdienstverweigerung**, weil es dem Staat das Geld für Waffenkäufe und Militär entzieht.

West

Es fanden zwei Treffen in Köln statt, am 30. April und am 3. Juni. Inhaltliche Berichte sind im Teil "Steuern zu Pflugscharen" zu lesen.

Ost

Es gab ein Treffen im Mai in Magdeburg und ein weiteres am 1. November in Erfurt. Schwerpunkt waren eine Eingabe an die Synode der Ev.-Luth. Kirche in Thüringen (ausführlicheres in der Abteilung "Steuern zu Pflugscharen") und Briefe an alle Thüringer Bundestagsabgeordnete, die gebeten wurden gegen den Eurofighter zu stimmen. Außerdem wurde ein Aufkleber für die Steuererklärung hergestellt (s. S. 4). Das nächste Treffen findet in **Halle** statt und zwar am **30. Januar 1998 von 10-15.00 Uhr** bei Gottfried Arlt, An der Marienkirche 1, 06108 Halle, Tel. 0345- 283 19 86.

Dazu sollen auch Leute eines Berliner Arbeitskreises zu Militärsteuerverweigerung und Gewissensfragen eingeladen werden. Es gibt in Berlin drei Kirchengemeinden (Hellersdorf, Stadtmitte und Friedensgemeinde Steglitz), die sich an Synodale, Ausschüsse und die Kirchenleitung mit dem Problem der Militärsteuerverweigerung wenden. Außerdem wird versucht, theologische und juristische Gutachten einzuholen.

Aus dem Netzwerkrat

Inhaltlich haben wir v. a. über das Thema "Ist es sinnvoll Prozesse zu führen?" diskutiert (siehe auch „Rechtswege"). Es gab nicht unbedingt ein "Ergebnis", aber Prozesse sind sicherlich ein Schritt in Richtung auf eine Gesetzesänderung und auch eine Möglichkeit für Öffentlichkeitsarbeit. Letztlich kann es aber keine Taktik geben, sondern jeder kann nur den Weg wählen, von dem er im tiefsten überzeugt ist.

Christel Lott scheidet aus der Redaktion aus. Carl-Ehrig Eggert wird die Arbeit weiterführen.

Das **nächste Netzwerk-Treffen** findet zusammen mit "Steuern zu Pflugscharen" vom **6.-8.März 1998 in Obermörlen** statt (s. u.). Im Herbst wollen wir wieder in **Eisenach** zusammenkommen: **13. - 15. November 1998.** Die Treffen sind für alle Interessenten offen..

Das neue Basis-Info ist fertig

Es kann bezogen werden über Christel Lott (Adresse s. letzte Seite), Einzelexemplare werden gegen Portokosten verschickt. Falls jemand mehrere Exemplare haben will, kostet das Stück 1.- DM.

Aus den Arbeitsschwerpunkten

Wanda hebt sein Dach an...! Jahrestagung vom 6. bis 8. März 1998 in Ober-Mörlen (Hessen)

Gemeinsam mit dem Netzwerk wollen wir ein Wochende lang unsere Arbeit reflektieren und Strategien für die nächsten Jahre erarbeiten. Das Programm wird allen Teilnehmenden der letzten Jahre zugesandt. Weitere Informationen und Anmeldung bei: Ilse Staude, Goethestr. 12, 3546o Staufenberg, Tel. O64o6/ 4194.

Wir brauchen Geld!

Für die Finanzierung der neuen Basis Info "Netzwerk Friedenssteuer" wollen wir 5o % der Druckkosten beisteuern (Gesamtkosten 4.6oo.--DM). Es fehlen uns noch 1.2oo.--DM und unsere Aktionskasse ist fast leer. Wer kann uns helfen? Spendenkonto Düren, Vermerk: Spende Basis Info. Spendenbescheinigung ist natürlich möglich.

Da ist der Wurm drin

Leider klappt es immer noch nicht gut mit unseren neuen Konto bei der Öko-Bank und der Gemeinde Düren, die unser Konto führt. Es fehlen häufig die Vermerke bei Überweisungen von Euch, sodaß Hannelore als Kassiererin nicht weiß, für was das Geld eingegangen ist. Lästig, aber erforderlich erscheint uns deshalb, daß Ihr mit einer Postkarte oder Telefonat an Hannelore Morgenstern, Jesuitengasse 39 A, 5o735 Köln, Tel. o221/743496 Eure Überweisung und Wünsche (Spendenbescheinigung) bekannt gebt. Wir bemühen uns, das Problem zu lösen. Notfalls müssen wir uns eine andere Bank suchen. Für den bisherigen Ärger bitten wir um Entschuldigung.

EKD-Thesenreihe zu "Gewissensentscheidung und Rechtsordung"

Die Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD hat eine Thesenreihe mit 59 Thesen veröffentlich, ohne uns als betroffene Gruppe zu Rate zu ziehen. Eine kleine Arbeitsgruppe soll bis zur Jahrestagung eine Stellungnahme formulieren, die wir dort beraten können. Bestelladresse: EKD-Texte Nr. 61, Kirchenamt der EKD, Herrenhäuser Str. 12, 3o49o Hannover.

Berichtigung

In den letzten Netzwerknachrichten wurde der Synoden-Beschluß der Ev. Kirche in Hessen und Nassau irrtümlich in der Entwurfsfassung zitiert. In dem verabschiedeten Beschluß fehlt die Zuweisung der Beratungsaufgabe an den Beauftragten für KDV sowie die Bitte an die EKD, sich für eine gesetzliche Regelung der Militärsteuerverweigerung einzusetzen.

Gespräche mit Landeskirche werden fortgesetzt

Die Gruppe Rheinland hat das Gespräch mit dem neuen zuständigen Dezernenten der Ev. Kirche in Rheinland (EKiR), Herrn Keiling, aufgenommen. Dort besteht Offenheit zur Zusammenarbeit. Konkret wünschen wir uns:

- Das LKA als Einladenden und Moderator für Gespräche mit Verweigernden und deren Arbeitgebern
- Juristische Prüfung der Disserta-

tion von F.P. Kloubert ("Rechtliche Stellung des Arbeitgebers beim Lohnsteuerabzug - Abhandlung zum Steuer- und Abgabenrecht" Nr. 4, Carl Heymanns-Verlag, Köln, 1988. Bezugsanschrift: Hubertstr. 292, 453o7 Essen, Tel. o2o1-559o36)

- Fortführung der Gespräche

Politisches Nachtgebet geplant

Die Kölner planen für den 22.3.98, 18.oo in der Antoniterkirche (Schildergasse) ein Politisches Nachtgebet mit Information, Meditation, Diskussion und Aktionsplanung. Weitere Infos und Beteiligung bei der Planung über Lutz (Tel o22o4/56o43).

Pfarrkonvent macht sich sachkundig

Im Frühjahr '98 lädt der Pfarrkonvent des Kirchenkreises Köln-Mitte Martin Arnold ein. Eine nachahmenswerte Möglichkeit, Multiplikatoren sachkundig zu machen und zu gewinnen.

Protestaufkleber für die nächste Steuererklärung

Den poppigen Aufkleber unten bieten wir an. Auf dem Kirchentag wurden schon viele verteilt. Aufkleber und Infos bei: Gerlinde Rambow, Puschkinstr 11 A, 99o84 Erfurt, Tel. o361/ 3456264.

Arbeitgeber sollen an die Bundestagsabgeordneten schreiben.

Steuergeld wollen kirchliche Arbeitgeber nicht einbehalten. Dann mögen sie sich aber doch bitte für eine gesetzliche Regelung einsetzen! Der "Arbeitskreis Pazifistische Steuerverweigerung der Kreissynode Köln-Mitte" bittet die betroffenen Arbeitgeber darum und bietet ihnen dazu einen Musterbrief an.

Mehr Demokratie - für den Frieden !

Wie viele Gesetzesanträge haben wir schon unseren Bonner VolksvertreterInnen eingereicht, und wie viele werden noch abgelehnt werden? Führt ein anderer Weg zu unserem Ziel, keine Kriegssteuer zahlen zu müssen, möglicherweise über einen Volksentscheid? Das würde bedeuten, daß bundesweit darüber abgestimmt würde, ob BürgerInnen das Recht bekommen sollen, den vorgeschriebenen Steueranteil dem Rüstungshaushalt oder der Friedensarbeit zuzuleiten. Einen Versuch ist es wert.

Nun haben wir aber (auch) noch nicht das Recht auf bundesweite Volksentscheide, die es auf Stadt- und Landesebene vielerorts schon gibt. Zwar steht im Grundgesetz: "...Staatsgewalt... wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen ...ausgeübt.". Dieses Versprechen ist nur in seiner ersten Hälfte eingelöst. Um die zweite Hälfte, das Recht auf bundesweite Volksabstimmungen, kümmert sich seit einigen Jahren die Münchner Initiative "Mehr Demokratie", die 1995 für Bayern (!) den Volksentscheid durchgesetzt hat. Sie will in den nächsten fünf bis zehn Jahren bundesweite Abstimmungen möglich machen, wie es sie z.B. in Österreich und der Schweiz gibt.

Um dabei zu helfen, ist die "Oek. Aktion Steuern zu Pflugscharen" auf ihrer Jahrestagung im März 1997 Mitglied geworden. Wir werden durch eine regelmäßig erscheinende Zeitschrift informiert und erfahren, wie wir sie unterstützen können. Eine Zusammenfassung geben wir hier jeweils weiter.

Im Augenblick wird eine Gesetzesvorlage für den Bundestag erarbeitet. Darüber beschließt der Bundestag innerhalb eines halben Jahres. Es ist nicht anzunehmen, daß er ihr zustimmt, denn dann müsste er Macht abgeben. Bei Ablehnung ihrer Gesetzesvorlage ist die Initiative berechtigt, ein Volksbegehren einzuleiten. Dazu müssten 1 Millionen Unterschriften gesammelt werden. Sind sie beisammen, können alle Wahlberechtigten darüber abstimmen, ob die bundesweite Volksabstimmung eingeführt wird. Die Mehrheit der Abstimmenden entscheidet.

Um diesen langen Weg durchstehen zu können, bittet die Initiative darum, Mitglied zu werden und Mitglieder zu werben, damit Informationen verbreitet werden und eine finanzielle Grundlage geschaffen wird (Jahresbeitrag DM 120,-- bzw. DM 60,-). Zehn regionale Büros müssen aufgebaut werden, damit eine flächendeckende Kampagnenorganisation gewährleistet wird. Die Anschrift der Initiative lautet: "Mehr Demokratie", Fritz-Berne-Str. 1, 81241 München. Wir besitzen das Buch "Triumph der Bürger" der Initiatve. Verleih und weitere Informationen über **Gudrun Rehmann, Brahmstr. 11, 32756 Detmold, Tel. o5231/31231.**

DM

Gesetzesinitiative

Das Erscheinen unseres neuen Basis-Info (s. S. 3) gibt Gelegenheit, mit allen Bundestags-Abgeordneten neu Kontakt aufzunehmen, die bisher schon über unser Thema informiert wurden. Im heutigen Bundestag sind das 102 Abgeordnete, also immerhin fast jede(r) sechste MdB. Haupt-Themen der Korrespondenz sind: Eurofighter, steigende Sozialkosten, geplante Steuer-Erhöhungen, Bundestagswahl 1998.

Im Namen der Region Ost von STEUERN ZU PFLUGSCHAREN

Es belastet mein Gewissen, daß 20% meiner Steuer für Rüstung und Militär ausgegeben werden.
Ich unterstütze die Bemühungen um eine **Änderung des Steuerrechts:**

STEUERN ZU PFLUGSCHAREN

Künftig soll es die Möglichkeit geben, aus Gewissensgründen Steuern für Militär und Rüstung zu verweigern und die entsprechenden Steueranteile einer nichtmilitärischen Verwendung (z.B. Ziviler Friedensdienst) zuzuführen.

haben Gerlinde und Martin Rambow alle Thüringer Bundestags-Abgeordneten angeschrieben und sie auf ihre Verantwortung für den wachsenden sozialen Notstand einerseits und die Unverantwortbarkeit des Eurofighters (samt Folgekosten!!) hingewiesen.

Bitte nehmt alle Kontakt mit Euren Wahlkreis-Abgeordneten auf! Wenn **jetzt** unser Widerstand nicht spürbar wird, wann denn sonst? Die Namen und Adressen des jeweiligen Abgeordneten sind zu erfahren über Gerlinde und Martin Rambow oder Günther Lott (Adressen s. letzte Seite).

Im Verfahren der INITIATIVE SCHALOM als Arbeitgeberin in Sachen Rüstungssteuer-Verweigerung für eine Mitarbeiterin wurde jetzt die Klage anwaltlich begründet. Das Finanzamt als Beklagte nahm schriftlich dazu Stellung. Wir warten nun auf den Verhandlungstermin.

Vor dem **Finanzgericht Stuttgart** wurde die Klage einer Aalenerin verhandelt, die als überzeugte Gegnerin von Atomkraftwerken, Castor-Transporten etc. wegen Nichterfüllung von Art. 20,2 GG klagte und vorher jede Lohnsteuerzahlung abgelehnt hat. Ihre Argumentation: Volksabstimmungen finden nicht statt, die Verfassung ist an diesem Punkt nie in Kraft gesetzt worden, Regierung und Parlament arbeiten ohne die vom Grundgesetzt geforderte Legitimation durch die Mehrheit des Volkes.

Bei der Netzwerk-Tagung in Eisenach diskutierten wir die Möglichkeit, auch in *unseren* Klagen wegen Rüstungssteuer-Zwang ggf. Art. 20 GG heranzuziehen neben Art. 4,1 GG (Gewissensfreiheit). Denn die Regierung hat in punkto Ausgaben für Rüstung (vgl. Umfragen zur "Nachrüstung") nachweislich keine Volksmehrheit mehr hinter sich, was auch am Widerstand gegen die Anschaffung des "Eurofighter" zu sehen ist.

Briefe an das Finanzamt

Unabhängig von dem offiziellen Rechtsweg mit Einspruch, Beschwerde und Klage gibt es auch die Möglichkeit seine Betroffenheit direkt auszudrücken. Hier als Beispiel ein Brief an das Finanzamt nachdem der Einspruch abgelehnt worden war.

„Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bestürzung und Betroffenheit nehmen wir zur Kenntnis, daß unsere Gewissensnot, was die Vereinnahmung unserer Steuer für Militär- und Rüstungszwecke betrifft, in Ihren Entscheidungen keine Berücksichtigung findet, obwohl Ihnen durch die Anwendung des § 163 AO dafür eine Handhabe gegeben ist.

Wir fühlen uns durch diese Steuerfestsetzung in einen Kriegsdienst einbezogen, für den unsere Verfassung ganz eindeutig Ersatzdienste vorsieht. Dem Einwand, daß dies kein "Kriegsdienst mit der Waffe" sei, können wir nicht folgen, wenn wir mit unseren Steuergeldern zur Finanzierung, zur Ausbildung an ihnen und schlußendlich auch zur Anwendung dieser Waffen herangezogen werden. Wir denken, daß wir durch den Hinweis auf diesen Zusammenhang keine unzulässigen künstlichen Bezüge zwischen Steuerfestsetzung und Steuerverwendung herstellen und daß Sie diese unsere Argumentation auch einleuchtend finden.

Wenn Sie sich nun als Dienststelle außerstande fühlen, diesen Paragraphen anzuwenden - wäre es nicht möglich, unter Hinweis auf unser Gewissensdilemma, das etliche andere Steuerzahler genauso wie wir empfinden, selbst eine Klärung dieser Frage anzustreben? Wir haben das Finanzgericht schon so oft angerufen und damit keinen Erfolg gehabt. Freunde von uns sind schon bis zum Bundesfinanzhof - leider auch ohne Erfolg - vorstellig geworden. Wenn Sie sich nun als die zuständige Behörde unser Anliegen zueigen machen und eine Klärung vor dem Verfassungsgericht anstrengen würden: vielleicht würden Sie dann dazu beitragen können, diese längst fällige Entscheidung endlich einmal dort zu betreiben, wo sie allem Anschein nach wirklich hingehört. Unsere Freunde und wir haben dazu in den letzten Jahren schon viele Anstrengungen unternommen, sind aber leider im Vorfeld immer wieder zurückgewiesen worden.

Vieleicht macht es Ihnen ja auch Mut zu diesem Schritt, daß eine diesen Einwänden entsprechende Gesetzgebung dem Bundestag schon vorliegt (Gesetz zur Verfassungsreform; Bundesdrucksache Nr. 12/6686 vom 27.1.1994) und dort auch schon verhandelt worden ist. Wir wollen, das wird Ihnen im Verlauf unserer Einsprüche ja bestimmt deutlich geworden sein, uns weder vor Steuerzahlungen drücken noch Sand in den Verwaltungsbetrieb streuen. Wir wollen uns vielmehr als mündige Staatsbürger verhalten und dazu beitragen, daß dem Verfassungsauftrag im Interesse aller Genüge getan wird.

In der Hoffnung, daß Sie sich von dem Ernst unserer Lage berühren lassen und sich mit dieser Angelegenheit noch einmal befassen, bitten wir um eine Antwort."

Der Brief wurde im Juli geschrieben, die erbetene Antwort steht noch aus.

Graz

"Oben tagen Delegierte, unten wirbt die Basis", schrieb die Presse nach der ersten Europäischen Versammlung in Basel 1989. Das gilt auch für Graz. Die Kirche lebt, aber an der verdorrten Spitze müßte doch einiges beschnitten werden.

So schreibt Ulrich Glauber in der Frankfurter Rundschau am 27. Juni

1997 über Graz. Zum bislang größten europäischen Kirchentreffen kamen 10 000 Christen aus ganz Europa, 700 davon waren Delegierte, die knapp 160 Kirchen vertraten.

Die vielen Basisinitiativen standen einer Kirchenhierarchie gegenüber, die wenig bereit zu einem Dialog war. Eine dieser 10 000 TeilnehmerInnen war Christa Voigt, die bereit war, eine Basisinitiative - nämlich das Netzwerk Friedenssteuer - zu vertreten. Hören wir sie selber:

"Es gab in Graz Zentren mit bestimmten Schwerpunkten. Eines davon war das "Friedenshaus", das sich im Kulturzentrum der Minoriten befand. Unser workshop war der erste gleich am Dienstag früh um elf Uhr - zeitgleich mit einem Hearing mit so bekannten Leuten wie z.B. Hildegard Goss-Mayr. Außerdem war er vorverlegt worden, was aber nur aus den Korrekturen zum offiziellen Programm hervorging - und die hatte keiner gelesen. So kam, was ich befürchtet hatte: es kam kein Mensch. Am Freitag, zum ursprünglichen Termin, kamen immerhin zwei Menschen - eine Frau war speziell wegen unseres Themas angereist.....

Im Rahmen der Delegiertenarbeit fanden zwei nationale Versammlungen statt. In der deutschen Versammlung hatte ich Gelegenheit mein Anliegen mündlich vorzubringen und zwar gerade in dem Moment, als der Österreichische Rundfunk mir das Mikrofon vor den Mund hielt. Zu meinem Erstaunen stand dann ein Delegierter auf und sagte, er werde sich um unser Anliegen bemühen, denn er gehöre auch zum Netzwerk Friedenssteuer. Es war Uwe Koch aus Halle, dort KDV-Beauftragter der Evangelischen Kirche. Er meldete aber gleich seine Bedenken an, weil die Vertreter einiger Ostkirchen schon bei der KDV Schwierigkeiten machten, und ein "Paket" von beidem zusammen wahrscheinlich gar nicht angenommen würde. Auch andere Delegierte haben sich dafür eingesetzt (Wolfgang Krauss, Ute Caspers, Kees Nieuwert). Nur in Wolfgangs Arbeitsgruppe wurde der Vorschlag angenommen, im Plenum aber aus o.g. Gründen abgelehnt. So ist in den Schlußdokumenten nichts von Friedenssteuer erwähnt."

Aachener Friedenspreis

In diesem Jahr erhielt Uri Averi, der Gründer der israelischen Basisbewegung „Gush Shalom" (Friedensblock), über den in der Presse ausführlich berichtet wurde, zusammen mit zwei Schulen den Aachener Friedenspreis.

Die Gemeinschaftshauptschule Eschweiler-Dürwiß schloß sich als eine der ersten Schulen in Deutschland dem europaweiten Programm "Schule ohne Rassismus" an. Angestoßen wurde die Intiative 1988 von Antwerpener Schülern, 1995 brachte die "Aktion Courage - SOS Rassismus" die Idee nach Deutschland. Vorraussetzung für die Aufnahme in das Programm sind ein zweijähriger vorbildlicher Einsatz gegen die Ausgrenzung von Minderheiten an der eigenen Schule, sowie eine Urabstimmung, bei der mindestens 70 Prozent der SchülerInnen, LehrerInnen und des Personals dafür votieren, Rassismus aus der Schule zu verbannen und sich auf eine Reihe von Regeln für ein friedliches Miteinander verpflichten.

Mit der Auszeichnung würdigt der Friedenspreis besonders die Tatsache, daß die Initiative in Eschweiler von den SchülerInnen selbst ausging. Sie kommen aus insgesamt 19 Nationen, jedeR dritte von ihnen hat keinen deutschen Paß.

Als zweite Schule wurde die Aachener Gemeinschaftshauptschule Aretzstraße geehrt. Diese Schule liegt inmitten eines sozialen Brennpunktes im Osten Aachens. 60 Prozent der SchülerInnen sind Ausländer. Hier ist es das Lehrerkollegium, das das "soziale Lernen" ganz oben auf den Stundenplan gesetzt hat. So haben die Lehrerinnen und Lehrer ein "Schlichtermodell" entwickelt, mit dem die Jugendlichen lernen, Konflikte gewaltfrei zu lösen.

Der Aachener Friedenspreis setzte mit der Preisverleihung auch ein besonderes Zeichen. Zum ersten Mal in der Geschichte des Friedenspreises werden mit den beiden Schulen Kinder und Jugendliche als Preisträger geehrt.

Torsten Weiler, epd

Den Haag

In Den Haag wird im Mai 99 eine Friedenskonferenz stattfinden. Im Koordinationskomitee (Stand Oktober 96) sind International Association of Lawyers Against Nuclear Arms (IALANA), International Peace Bureau (IPB), International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) und World Federalist Movement (WFM). Sie schreiben dazu:

Nach einem Jahrzehnt der Weltkonferenzen zu den Themen Kinder, Umwelt, Menschenrechte, soziale Entwicklung, Bevölkerung, Frauen und Wohnen sind wir der Überzeugung, daß die letzte große Konferenz dieses Jahrhunderts das Thema Frieden haben sollte. Diesmal wird die Hauptkonferenz nicht von Regierungen organisiert, sondern von der *civil society*.

In den letzten beiden Jahrhunderten hat die Menschheit Sklaverei, Kolonialismus und Apartheid abgeschafft und für rechtswidrig erklärt. Jetzt, nach dem blutigsten Jahrhundert der Geschichte, ist es Zeit, den Krieg für rechtswidrig zu erklären.

Nähere Informationen bei Lars Albath, Giessener Str. 120/313, 35440 Linden, Fax 06403/68433.

Informationen

European Peace Congress in Osnabrück

Der Kongreß findet vom 29. bis 31. 5. 1998 (Pfingstwochenende) in Osnabrück statt. Anlaß ist die 350ste Wiederkehr des "Westfälischen Friedens" (Ende des Dreißigjährigen Krieges).

Das Netzwerk Friedenssteuer gehört zu den Trägerorganisationen des Kongresses. Wir werden am Samstag im Rahmen des Themenblockes "Pazifistische Handlungsperspektiven" (Unterthema: Prakti-

sche Friedenspolitik durch zivile Intervention im Alltag) eine Arbeitsgruppe zu Militärsteuerverweigerung bzw. Friedenssteuer-Initiativen gestalten. Ein fünfköpfiger Vorbereitungsausschuß wurde beim Eisenacher Netzwerk-Treffen nominiert. Koordination hat Günther Lott. Ausländische CPTI-Mitglieder werden uns unterstützen, u.a. Marian Frantz/USA, Erik Hummels/Niederlande und Dirk Panhuis/Belgien. Gleichzeitig wird ein Info-Stand mit Postern, Schautafeln, Infomaterial etc. vorbereitet, evtl. verbunden mit einer auffälligen Aktion. **Wer macht noch mit? Wer nimmt am Kongreß teil?** Infos und Kontakt: Günther Lott (Adresse s. letzte Seite)

Studientag zur Erforschung der Gewaltfreiheit

Das Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung hatte Anfang Juli zu einem Studientag eingeladen, auf dem Forschende ihre Projekte vorstellen und mit anderen kritisch diskutieren konnten. Martin Arnold war vertreten mit seinem Thema "Kraft der Gewaltlosigkeit" bzw. "Kraft der Güte". Wer Näheres wissen möchte, wende sich bitte an **Martin Arnold, Neissestr. • 4, 45136 Essen.**

Institut für Konflikt- und Gewaltforschung eröffnet

Ein Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld ist von der nordrhein-westfälischen Ministerin Anke Brunn eröffnet worden. Die Idee dazu entstand durch die Zunahme rechtsextremistischer Gewalt und ethnisch-kultureller Konflikte in unserer Gesellschaft.

(epd-West 17/97)

Erster Ausbildungskurs für den Zivilen Friedensdienst

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau hat im April in Bonn den ersten Ausbildungskurs von Fachkräften zur zivilen Konfliktbearbeitung eröffnet. Die 16 Teilnehmenden sollen nach viermonatigem Training im ehemaligen Jugoslawien tätig werden und dort zur Versöhnung zwischen verfeindeten Gruppen sowie zum Aufbau ziviler Strukturen beitragen. Nordrhein-Westfalen fördert die Ausbildung mit 400 000 Mark.

Bei der Eröffnung sagte Wolfgang Huber, evangelischer Bischof von Berlin-Brandenburg, daß von den Kirchen der Vorrang der gewaltfreien Methoden zur Friedenssicherung vor dem Einsatz militärischer Mittel betont werden muß. Ein neuer Bündnispartner für die Friedenssteuerbewegung?

Getragen wird das Modellprojekt von der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, dem Bund für Soziale Verteidigung und dem Forum Ziviler Friedensdienst. Die viermonatige Ausbildung wird vom Bund für Soziale Verteidigung begleitet. Dazu gehören neben einem Sprachkurs die Vermittlung von Techniken zur Konfliktbearbeitung sowie Landeskunde. Eingesetzt werden die Fachkräfte beim interreligiösen Dialog, in der Jugendarbeit sowie bei der Betreuung zurückkehrender Flüchtlinge. Projektträger sind kirchliche Friedensgruppen wie Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Pax Christi, "Ohne Rüstung leben", Eirene und der Internationale Versöhnungsbund. *(epd 15/4)*

Dazu bittet das Forum Ziviler Friedensdienst dringend um Spenden: **Forum ZDF, Marienwall 9, 32423 Minden, Kto.-Nr. 890098/72, Sparkasse Minden, BLZ 490 501 01.** Spenden an das forum ZFD sind steuerlich abzugsfähig

20 Jahre "Ohne Rüstung leben"

Es begann vor zwei Jahrzehnten, als die Weltkirchenkonferenz in Nairobi einen Apell an die Kirchen richtete, ihre Bereitschaft zu einem Leben "ohne den Schutz von Waffen" zu erklären. Als Reaktion darauf gründeten acht evangelische Pfarrer in Württemberg die Aktion "Ohne Rüstung leben" (ORL). Im November feierte diese bundesweit agierende ökumenische Initiative ihr 20jähriges Bestehen mit 400 Gästen in Sindelfingen.

"Ich bin bereit, ohne den Schutz militärischer Rüstung zu leben. Ich will in unserem Staat dafür eintreten, daß Frieden ohne Waffen politisch entwickelt wird." Diese Selbstverpflichtung haben seit damals 30.000 Menschen in der Bundesrepublik unterschrieben.

Gegenwärtig ist man damit beschäftigt, gewaltfreie Aktionen gegen die Anschaffung des Eurofighter zu organisieren und gegen die neuen Anti-Fahrzeug-Minen, die bei Deutschlands größter Privatfirma Daimler-Benz entwickelt werden.

Im Rückblick ragen vor allem die Kampagnen gegen Nachrüstung und Golfkrieg - mit Demonstrationen, Blockaden, Fasten - aus der Geschichte von ORL heraus. Heute zählt die Initiative, die mit zweieinhalb hauptamtlichen Mitarbeitern und einigen hundert ehrenamtlichen auskommt, die "zivile Konfliktbewältigung" zu ihren wichtigsten Betätigungen. Auch der Bürgerkrieg in Serbien und Kroatien hat Geschäftsführer Russmann nicht irre werden lassen an der ORL-Überzeugung eines fundamentalen Pazifismus, der immer und überall auf Gewaltfreiheit setzt.

Peter Henkel am 8. Nov. 97 in der Frankfurter Rundschau

Sperrkonto

Es gibt ein Sperrkonto, auf das verweigerte Steuergelder eingezahlt werden können. Es wird von Rechtsanwalt Kierig verwaltet. Falls jemand gepfändet wird oder sich entscheidet, die Steuern nachzuzahlen, werden auf Wunsch die eingezahlten Summen zurücküberwiesen. **Rechtsanwalt-Anderkonto Nr. 800 0085 bei der Ökobank Frankfurt BLZ 500 90 100.**

WIR BRAUCHEN SPENDEN !

Unser neues Basis-Info kommt sehr gut an und hat uns schon manche neue UnterstützerIn gebracht. Auf Dauer bringt es auch finanzielle Einnahmen. Nur: Vorerst mußten die Druckkosten teilweise privat vorgestreckt werden. Daher: Wer helfen kann, spende bitte auf unser **Aktions- oder das Spenden-Konto bei ORL (siehe letzte Seite).**

Kontaktpersonen-Liste

Stand: Nov. 1997

PLZ, ORT	NAME	STRASSE	TELEPHON	ZWEIT-TEL	FAX
Region Ost:					
01187 Dresden	Ehrhard Becke	Hohe Str. 102	0531 4030577		
04275 Leipzig	**Sebastian Fleischhack**	Scharnhorststr. 16	0341 3911898		
99084 Erfurt	Martin u. Gerlinde Rambow	Puschkinstr. 11a	0361 3456264		
99817 Eisenach	Stefan Müller	Am Schleierborn 37	03691 810-304 d	03691 203897 p	03691 810-321 d
Region Nordost:					
13088 Berlin	**Henning Utpatel**	Mahlerstr. 19	030 97104944 d	030 9246031 p	
Region Nord:					
20249 Hamburg	Walter Schönfeld	Hahnemannstr. 2	040 4604966		040 4807653
21073 Hamburg	Ingo Seibold	Bremer Str. 157a	040 76103316		040 76103317
30171 Hannover	**Dedo von Krosigk**	Birkenstr. 32	0511 801696 p	0511 13017 d	0511 14804
30173 Hannover	**Bernd Abesser**	Aachener Str. 4	0511 881614		
32756 Detmold	Gudrun Rehmann	Brahmsstr. 11	05231 31231 12.30-13h		
35460 Staufenberg	Ilse Staude	Goethestr. 12	06406 4194		
Region West:					
40489 Düsseldorf	Robert & Ute Antoch	Alte Landstr. 32	0211 404723	0211 403986	404723
51429 Bergisch Gladbach	Lutz-E. Bohr	Freiheit 11	02204 56043	0221 3382 288 d	0221 3382-293
52066 Aachen	**Ansgar Bours**	Victoriastr. 29	0241 542491		
53177 Bonn	**Dorothea Kötter**	Burgstr. 97	0228 355289		0228 361740
53340 Meckenheim	Hans Peter Mortier	Fichtenweg 1	02225 15995		
Region Südwest:					
55122 Mainz	**Dr. Carl Ehrig-Eggert**	Carl-Goerdeler-Str. 25	06131 689457		
69227 Rauenberg	**Christel & Günther Lott**	Postfach 1151	06222 62741		06222 62702
73240 Wendlingen	Gabi Kurzenberger	Alleenstr. 4	07024 52557		
78244 Gottmadingen	Dr. Gottfried Thieme	Steiner Weg 22	07731 71803	07731 65252	
79249 Merzhausen	Klausm. & Christa Voigt	Im Laimacker 20	0761 404940	0761 16066 d	0761 16489
Region Bayern:					
81541 München	Sepp Rottmayr	Eduard-Schmid-Str. 26	089 659253	089 4599150	
81667 München	Iris Zobel	Metzstr. 15			
84030 Landshut	Kurt u. Ingrid Büttler	Oberbreitenauer Str. 43	0871 74736		
86161 Augsburg	Walter-Karl Winter	Walther-Heim-Str. 6	0821 576344	3166-273 d	
90408 Nürnberg	**Dr. Brigitte Janus**	Krelingstr. 10	0911 353237		
90411 Nürnberg	Hans-Günther Schramm	Zum Stiegelfeld 5	0911 5215210	0911 522883	
90765 Fürth	**Siegfried Laugsch**	Kreuzsteinweg 29	0911 7940177 p	0911 4304-238/9 d	0911 4304-303
Arbeitsschwerpunkte:					
Gesetzesinitiative: Günther Lott	69227 Rauenberg	Postfach 1151	06222 62741		06222 62702
Steuern zu Pflugscharen: Lutz-E. Bohr	51429 Bergisch Gladbach	Freiheit 11	02204 56043	0221 3382 288 d	0221 3382-293
Rechtswege: Walter Schönfeld	20249 Hamburg	Hahnemannstr. 2	040 4604966		040 4807653

Netzwerknachrichten-Bestellung

Auf dem letzten Netzwerkrat-Treffen mußte wegen angespannter Finanzlage und gestiegenen Kosten (Porto) leider der Preis für **vier Ausgaben** der Netzwerk-Nachrichten auf **20,- DM** angehoben werden. Bei einigen klebt ein Aufkleber auf den Nachrichten, der daran erinnern soll, daß eine Verlängerung des Abo fällig ist. Die kleine Zahl auf dem Adressen-Etikett gibt die Anzahl der Ausgaben an, die zusätzlich zu dieser Nummer noch bezahlt sind. Die Bestellung erfolgt durch Überweisung auf das Aktionskonto (Kto.-Nr. 101 535 14, Ökobank Freiburg, BLZ 500 901 00, Stichwort „Netzwerknachrichten". **Absender nicht vergessen!** Adressenänderungen bitte an Ingo Seibold melden (Adresse siehe oben)

Aus der Redaktion

An der Produktion dieser Ausgabe wirkten mit: Christel Lott und Dedo v. Krosigk (Redaktion, VisdP), Lutz-E. Bohr (Steuern zu Pflugscharen) und Uta Pfefferle (Versand). Weitere AutorInnen sind namentlich gekennzeichnet.

Artikel für die nächsten Netzwerk-Nachrichten **bitte an Carl Ehrig-Eggert, Carl-Goerdeler-Str. 25, 55122 Mainz.** Wenn möglich als Ausdruck und ASCII-Textfile. **Redaktionsschluß** für die nächste Ausgabe ist der **11. 3. 98.** Wer weitere Exemplare dieser Netzwerk-Nachrichten wünscht, kann sie gegen 3,- DM in Briefmarken pro Stück zzgl. Porto bei Uta Pfefferle, Auwaldstr. 67, 79110 Freiburg, Tel. 0761/16711, bestellen.

KEIN GELD FÜR KRIEG

Netzwerk Friedenssteuer

Aktionskonto: Kto-Nr. 101 535 14, Ökobank Freiburg, BLZ 500 901 00. Für Bestellung der **Netzwerk-Nachrichten** (20 DM für 4 Ausgaben) Stichwort vermerken und Absender nicht vergessen!!

Spenden (steuerl. abzugsfähig): Ohne Rüstung leben, Kto-Nr. 111833-700, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70, **Stichwort: Netzwerk Friedenssteuer**

Materialversand (Bestelliste anfordern): Pax Christi, Klosterplatz 7, 52062 Aachen, Tel/Fax: 0241/ 4028076

Transparente- u. Plakatverleih: Gudrun Rehmann, Brahmsstr. 11, 32756 Detmold, Tel. 05231/31231